

Niederschrift

über die öffentliche 2. Sitzung des Stadtrates am Donnerstag, dem 03.09.2009

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr

Sitzungsende: 20:30 Uhr

Sitzungsort: Stadtbrauerei, Stadthalle - Tagungsraum
Brauhausstraße 1 - 3
99310 Arnstadt

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die der Niederschrift beigelegt sind.

Wie folgt unterschrieben

Vorsitzender : _____

Schriftführer/in : _____

Urkundspersonen : _____

: _____

: _____

: _____

Teilnehmerverzeichnis

Name Fraktion	Stimm- berechtigung		Funktion Anwesenheit Bemerkung
	Ja	Nein	
Köllmer, Hans-Christian Fraktion Pro Arnstadt	X		Bürgermeister vertreten
Böttcher, Ulrich	X		1. Beigeordneter anwesend
Bräutigam, Georg Fraktion Pro Arnstadt	X		Stadtratsmitglied anwesend
Buchtzik, Stefan Fraktion Pro Arnstadt	X		Stadtratsmitglied anwesend
Carnarius, Rüdiger Fraktion Pro Arnstadt	X		Stadtratsmitglied anwesend
Garcia, Annette Fraktion Pro Arnstadt	X		Stadtratsmitglied anwesend
Lindner, Joachim Fraktion Pro Arnstadt	X		Stadtratsmitglied anwesend
Gruber, Michael Fraktion Pro Arnstadt	X		Stadtratsmitglied anwesend
Läbe, Mario Fraktion Pro Arnstadt	X		Stadtratsmitglied anwesend
Mahler, Johann-Georg Fraktion Pro Arnstadt	X		Stadtratsmitglied anwesend
Wallendorf, Michael Fraktion Pro Arnstadt	X		Stadtratsmitglied anwesend
Bader, Rita Fraktion DIE LINKE.	X		Stadtratsmitglied anwesend
Berninger, Sabine Fraktion DIE LINKE.	X		Stadtratsmitglied entschuldigt
Dittes, Steffen Fraktion DIE LINKE.	X		Stadtratsmitglied entschuldigt
Kuschel, Frank Fraktion DIE LINKE.	X		Stadtratsmitglied anwesend bis
Pein, Gerhard Fraktion DIE LINKE.	X		Stadtratsmitglied anwesend ab 17:00 Uhr
Petermann, Jens Fraktion DIE LINKE.	X		Stadtratsmitglied anwesend
Schneider, Thomas Fraktion DIE LINKE.	X		Stadtratsmitglied anwesend bis 20:25 Uhr
Hoffmann, Jürgen Fraktion der CDU	X		Stadtratsmitglied anwesend
Höhne, Horst Fraktion der CDU	X		Stadtratsmitglied anwesend
Hüttner, Helmut Fraktion der CDU	X		Stadtratsmitglied anwesend
Köhler, Sebastian Fraktion der CDU	X		Stadtratsmitglied anwesend

Name Fraktion	Stimm- berechtigung		Funktion Anwesenheit Bemerkung
Schilling, Jeanette Fraktion der CDU	X		Stadtratsmitglied anwesend
Hühn, Christian Fraktion der SPD	X		Stadtratsmitglied anwesend
Kunze, Stephan Fraktion der SPD	X		Stadtratsmitglied anwesend bis 20:35 Uhr
Lang, Martina Fraktion der SPD	X		Stadtratsmitglied anwesend bis 19:50 Uhr
Mühlbauer, Eleonore Fraktion der SPD	X		Stadtratsmitglied anwesend
Pein, Albrecht Fraktion der SPD	X		Stadtratsmitglied anwesend bis 20:15 Uhr
Erdmann, Erwin Fraktion BFA/FDP	X		Stadtratsmitglied anwesend bis 19:55 Uhr
Franz, Herbert Fraktion BFA/FDP	X		Stadtratsmitglied anwesend
Hilbrecht, Jörg Fraktion BFA/FDP	X		Stadtratsmitglied anwesend
Sterzik, Dirk Fraktion BFA/FDP	X		Stadtratsmitglied anwesend bis 20:10 Uhr von 18:00 – 18:50 Uhr nicht anwesend
Trefflich, Werner		X	Ortsteilbürgermeister Angelhausen/ Oberndorf, anwesend
Trefflich, Karl-Heinz		X	Ortsteilbürgermeister Siegelbach entschuldigt

Koch, Jutta	Verwaltung	Rechnungsprüfungsamt anwesend
Kopf, Michael	Verwaltung	Amtsleiter Haupt- und Personalamt entschuldigt
Gläßer, Hans-Ludwig	Verwaltung	Amt. Amtsleiter Kämmerei anwesend
Wulf, Norbert	Verwaltung	Amtsleiter Rechts- und Ordnungsamt anwesend
Stiel, Angelika	Verwaltung	Abteilungsleiterin Bürger- und Stadtrats- büro, anwesend
Lüttich, Marion	Verwaltung	pers. Referentin des 1. Beigeordneten anwesend
Ostenforth, Kathy	Verwaltung	Schritfführerin anwesend
Henze, Maria	Verwaltung	Schritfführerin anwesend

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungs- und termingemäßen Einladung
- 2 Verpflichtung der Stadtratsmitglieder zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben durch den Bürgermeister der Stadt Arnstadt
- 3 Feststellung der Beschlussfähigkeit des Stadtrates der Stadt Arnstadt und Bestätigung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung der Niederschrift der 1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Arnstadt am 02.07.2009 (öffentlicher Teil)
(Beschlussvorlagen-Nr: 2009/008)
- 5 Tätigkeitsbericht des Bürgermeisters und Beschlusskontrolle
- 6 Anfragen der Mitglieder des Stadtrates
- 7 Bildung von Ausschüssen
(Beschlussantrag-Nr: 2009/017)
- 8 Besetzung der Ausschüsse
(Beschlussantrag-Nr: 2009/026)
- 9 Besetzung der Aufsichtsräte
(Beschlussantrag-Nr: 2009/027)
- 10 Wahl des beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss des IIm-Kreises
- 11 Wahl der Mitglieder für den Seniorenbeirat der Stadt Arnstadt
- 12 Wahl der Mitglieder für den Umlegungsausschuss des Stadtrates der Stadt Arnstadt
- 13 Erhalt des Baumbestandes auf dem Markt
(Beschlussantrag-Nr: 2009/018)
- 14 Erhalt des Schulstandortes Schloßplatz 2
(Beschlussantrag-Nr: 2009/019)
- 15 Weiterführung der Tätigkeit der AG Demokratie braucht Zivilcourage
(Beschlussantrag-Nr: 2009/020)
- 16 Gestaltung des Jubiläums "20 Jahre Friedliche Revolution"
(Beschlussantrag-Nr: 2009/022)

17 Frauen- und Familienzentrum
(Beschlussantrag-Nr: 2009/023)

TOP 1

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungs- und termingemäßen Einladung

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungs- und termingemäße Einladung fest.

Vor dem Eintritt in den weiteren Sitzungsverlauf wurden die ausstehenden Verpflichtungen von Stadtratsmitgliedern vorgenommen. Dazu wurden die Tagesordnungspunkte 2 und 3 der Einladung zu getauscht.

TOP 2

Verpflichtung der Stadtratsmitglieder zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben durch den Bürgermeister der Stadt Arnstadt

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher informierte, dass die Stadtratsmitglieder, welche in der ersten Sitzung nicht anwesend waren, in der heutigen Sitzung zu verpflichten seien. Dies waren Frau Jeanette Schilling, Herr Jens Petermann und Herr Steffen Dittes.

Herr Steffen Dittes war zur 2. Sitzung ebenfalls entschuldigt und wird in der nächsten Sitzung des Stadtrates verpflichtet werden.

Die Verpflichtung erfolgte gemäß § 24 Absatz 2 der Thüringer Kommunalordnung.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher verlas den Verpflichtungstext:

“Ich werde meine Pflichten als Mitglied des Stadtrates der Stadt Arnstadt gewissenhaft erfüllen und das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung des Freistaates Thüringen sowie die Gesetze wahren.
Ich übe mein Ehrenamt nach freier, dem Gemeinwohl verpflichteten Überzeugung aus.”

Die Verpflichtung der beiden Mitglieder des Stadtrates erfolgte einzeln.

TOP 3

Feststellung der Beschlussfähigkeit des Stadtrates der Stadt Arnstadt und Bestätigung der Tagesordnung

Die Beschlussfähigkeit des Stadtrates war mit 28 anwesenden Mitgliedern mit 90,3 % gegeben.

Änderung und Erweiterung der Tagesordnung

Der TOP 9 – Besetzung der Aufsichtsräte – wurde um die Besetzung des Aufsichtsrates der Wohnungsbaugesellschaft Arnstadt mbH erweitert.

Der TOP 10 – Wahl der Mitglieder für den Aufsichtsrat der Wohnungsbaugesellschaft Arnstadt mbH (WBG) – wurde inhaltlich aufgehoben.

Mit der Änderung des Gesellschaftsvertrages der WBG im Jahre 2005 wurde die Wahl der weiteren Aufsichtsratsmitglieder geändert in eine Besetzung des Aufsichtsrates.

Alle weiteren Tagesordnungspunkte verschoben sich dementsprechend.

Von der Fraktion DIE LINKE. lag der Beschlussantrag-Nr. 2009/023 – Frauen- und Familienzentrum – zur Aufnahme auf die Tagesordnung vor.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Petermann begründete die Dringlichkeit des Antrages. Die Dringlichkeit sei aufgrund der notwendigen Mitfinanzierungserklärung gegeben. Diese müsse bis Ende September 2009 gegenüber dem Thüringer Ministerium für Soziales und Gesundheit abgegeben werden. Die nächste Sitzung des Stadtrates sei jedoch erst Ende Oktober.

Der Frauen- und Familienverein sei aus Sicht der Fraktion wichtig und auch weiter förderungswürdig. Er nehme wichtige Aufgaben, auch über Parteigrenzen hinweg, wahr.

Der Aufnahme auf die Tagesordnung wurde mit 24 Ja-Stimmen und drei Stimmenthaltungen mit der notwendigen 2/3 Mehrheit zugestimmt.

Der Beschlussantrag wurde als Tagesordnungspunkt 17 eingeordnet.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Kuschel stellte ein Frage zur Tagesordnung des nichtöffentlichen Teiles der Stadtratssitzung. Unter Punkt 19 gehe es um die Neugestaltung der Sportanlage Am Obertunk. Er wolle wissen, aus welchem Grund dies im nichtöffentlichen Teil besprochen werden soll.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher teilte mit, dass unter diesem Punkt die Vergabeentscheidung getroffen werden soll und diese werden im nichtöffentlichen Teil behandelt. Es gehe nicht um die inhaltliche Gestaltung des Platzes.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Kuschel bat darum, dass bei den künftigen Einladungen eindeutig ersichtlich werde, wenn es sich um eine Vergabeangelegenheit handle.

Der geänderten Tagesordnung wurde mit 27 Ja-Stimmen einstimmig zugestimmt.

Die geänderte Tagesordnung ist zu Beginn der Niederschrift dargestellt.

TOP 4

Genehmigung der Niederschrift der 1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Arnstadt am 02.07.2009 (öffentlicher Teil)

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher bat darum, dass die Mitglieder des Stadtrates ihre Exemplare der Niederschrift in einem Punkt ändern. Herr Carnarius war zur Sitzung am 02.07.2009 anwesend und nicht, wie in der Niederschrift aufgeführt, vertreten.

Er bat um Abstimmung der geänderten Niederschrift.

Beschlusstext:

Die Niederschrift der 1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Arnstadt vom 02.07.2009 (öffentlicher Teil) wird gemäß § 42 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28.01.2003 (GVBl. 2(2003, S. 41) genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

31	Gesetzl. Anzahl der Mitglieder	
27	Anwesend	
27	Ja-Stimmen	
0	Gegenstimmen	
2	Enthaltungen	
0	Befangen	- angenommen -

Beschluss Nr.: 2009/008

TOP 5

Tätigkeitsbericht des Bürgermeisters und Beschlusskontrolle

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher informierte, dass der Tätigkeitsbericht am 21. August 2009 den Stadtratsmitgliedern zugesandt wurde. Er ergänzte zum Tätigkeitsbericht, dass mit der neuen Amtszeit den Stadtratsmitgliedern die Nutzung des Internets ermöglicht werden soll. Die entsprechenden Zugangsberechtigungen sind im Bürger- und Stadtratsbüro neu zu beantragen.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Kuschel fragte nach dem Planfeststellungsverfahren L 3004, Ichtershäuser Straße. Im Tätigkeitsbericht stehe, dass es noch Abstimmungsbedarf gebe und Planänderungen erforderlich seien. Er fragte, welche Konfliktlinien es zwischen dem Thüringer Straßenbauamt und der Stadt gebe und in welche Richtung die Planänderungen erfolgen sollen.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher antwortete, dass der Änderungsbedarf bestehe, weil mit dem Beginn der Planung andere Prognosen vorlagen. Seit 2003 und 2004 habe sich das Verkehrsaufkommen in der Ichtershäuser Straße drastisch entgegen der Prognosen entwickelt. Gemeinschaftlich mit dem Straßenbauamt und der Planfeststellungsbehörde habe man in der Abstimmung am 21. Juli 2009 festgestellt, dass die Planung ohne Änderung so nicht umgesetzt werden könne. Vorgesehen seien unter anderem überbreite Spuren, um die Planungsunterlagen zu modifizieren. Das Planungsbüro modifiziere gerade die Planungsunterlagen und die öffentliche Auslegung der Planungsunterlagen werde wiederholt. Die Umsetzung der Baumaßnahme werde sich auf das Jahr 2011 verschieben. Die Verschiebung durch die Planungsänderungen rechtfertige sich dadurch, dass man eine funktionierende Verkehrsanlage haben wolle und nicht eine, für welche man Hinterher von den Bürgern beschimpft werde.

Das Mitglied des Stadtrates Frau Schilling sagte, dass im Tätigkeitsbericht beschrieben sei, dass für die Johannissgasse ein Baugutachten beauftragt wurde. Am 21. April wurde das Thema im des Bau-, Vergabe- und Umweltausschuss behandelt und es wurde beschlossen, dass die Beschlussvorlage abgeändert werde und im Stadtrat einzubringen sei. In der Sitzung des Stadtrates am 23. April wurde die Beschlussvorlage Jo-

hannisgasse zurückgezogen. Des Weiteren fragte sie ob in der Machbarkeitsstudie der alte Friedhof berücksichtigt wurde. Wie werde weiter verfahren, wenn die Beschlüsse nicht gefasst wurden?

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher informierte, dass Gegenstand der ursprünglichen Beschlussvorlage gewesen sei, einen Wettbewerb stattfinden zu lassen. Dies habe der Bau-, Vergabe- und Umweltausschuss abgelehnt. Es wurde argumentiert, dass die Grundlagen für einen Wettbewerb mit freiem Ergebnis nicht gegeben seien. Es war auch strittig, ob man eine Parkierungslösung bringen könne, daher habe man die Beschlussvorlage zurückgezogen. Man habe sich verständigt, dass man die Grundlagen weiter ausarbeiten wolle, bevor man den Bau-, Vergabe- und Umweltausschuss sowie den Stadtrat einbeziehe. Es wurde inzwischen eine Baugrunduntersuchung beauftragt. Der relativ preiswerte Testentwurf werde in den nächsten Tagen in der Verwaltung vorgestellt.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Schneider erklärte, dass in einer Sitzung des Ausschusses Rechnungsprüfung, Bürgerfragen- und Ordnungsangelegenheiten eine Auswertung der Stadtmarketing vorgelegt wurde, weil Bürgerfragen zum Stadtfest vorlagen. Es wurde zugesagt, dass man jeden Anrainer des Stadtfestes anschreibe und frage ob und wie er sich am Stadtfest beteiligen wolle. Von einigen Anrainern sei ihm bekannt, dass dies nicht passiert sei.

Der Geschäftsführer der Stadtmarketing Arnstadt GmbH Herr Gösel sagte ,dass die geänderte Sondernutzungssatzung noch nicht in Kraft sei. Er habe zum Inkrafttreten der Satzung zugesichert, dass die Anlieger beteiligt werden. Darin seien auch alle Partner verankert.

TOP 6

Anfragen der Mitglieder des Stadtrates

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher informierte das folgende Antworten zu Anfragen versandt bzw. übergeben worden:

- Anfrage von Herrn Kuschel zum Verkauf von Geschäftsanteilen der ThügaAG und zu den Konzessionsverträgen
- Anfrage von Frau Lang zum Stand der Ausführung des Imagekonzeptes bzw. der Neubürgerwerbung
- Anfrage von Herrn Hühn zum Sachverhalt Alkoholmissbrauch mit teilweise körperlichen Auseinandersetzungen im Bereich Erfurter Straße/Zimmerstraße
- Anfrage von Herrn Hüttner zu den Auswirkungen der Tarifvereinbarungen für den Sozial- und Erziehungsdienst auf den Haushalt der Stadt Arnstadt

Das Mitglied des Stadtrates Herr Hüttner bat darum, dass, sobald die Auswirkungen der Tarifvereinbarung für den Sozial- und Erziehungsdienst vorliegen, diese im Finanzausschuss vorgestellt werden.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher antwortete, dass spätestens mit der Personalkostenplanung die Auswirkungen im Detail zu berechnen seien. Die Personalabteilung berechne derzeit für jeden einzelnen Mitarbeiter die Tarifänderungen separat. Die Anfrage von Herrn Petermann werde sobald wie möglich nachgereicht. Zum Tätigkeitsbe-

richt werde regelmäßig die monatliche Statistik der Auslastung der Kindertageseinrichtungen als Anlage beigefügt. Im Moment gebe es für drei Arnstädter Kinder keinen Platz in einer Einrichtung. Man bemühe sich so schnell wie möglich eine Lösung für die Kinder zu finden. Nächstes Jahr werden die Kapazitäten im Arnstädter Bereich um 16 Plätze und im Bereich der AWO um 40 Plätze erhöht.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Hühn fragte nach dem Vorbereitungsstand des „Wendedenkmals“, welches an die Ereignisse im Herbst 1989 auf dem Holzmarkt erinnern soll. Im Hauptausschuss wurde mitgeteilt, dass vertragliche Vereinbarungen mit dem Künstler getroffen wurden. In seiner Fraktion wurde auch über ein würdiges Gedenken zu „20 Jahre friedliche Revolution“ nachgedacht. Sei es geplant, einzelne Personen anlässlich des Wendegedenkens mit einer Ehrenbürgerschaft der Stadt Arnstadt zu ehren?

Weiter wies er darauf hin, dass die Altstadtleuchten im sanierten Bereich der Innenstadt massive Verwitterungserscheinungen im Sockelbereich aufweisen.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher sagte, dass es Standfestigkeitsprüfungen für Leuchten gebe. Man habe bisher noch keine Standfestigkeitsprobleme bei den Altstadtleuchten feststellen können. Allerdings gebe es Probleme bei Leuchten insgesamt im Stadtgebiet Probleme, die sicher in der Haushaltsdebatte diskutiert werden. Man wolle die Diskussion zur Umgestaltung des Marktes dazu nutzen, auch zu erörtern, ob diese Altstadtleuchte das bevorzugte Beleuchtungsmittel in der Altstadt bleiben soll oder man bei weiteren grundhaften Straßenausbaumaßnahmen auf ein anderes pflegeleichteres Modell umsteige.

Gegenwärtig sei es nicht vorgesehen, Ehrenbürgerschaften neu auszusprechen. Für den angesprochenen Anlass werde es da auch schon zu knapp. Bei einer Ehrenbürgerschaft habe man erleben müssen, dass mit einer öffentlichen Diskussion zu einer Person doch Verletzungen verbunden sein können. Wenn man über Ehrenbürgerschaften diskutiere, sollte man sich im kleinen Kreis im Hauptausschuss austauschen. Nur wenn man sich einige, könne man einen Beschluss fassen, der aber frühestens Ende Oktober möglich wäre. Es gebe verschiedene Anlässe, wie zum Beispiel den Neujahrsempfang um Ehrenbürgerschaften auszusprechen und man könne die nächste Hauptausschusssitzung für eine Erörterung nutzen. Das Denkmal „20 Jahre friedliche Revolution“ werde rechtzeitig fertig. Das Programm für die Aufstellung organisiere der Bürgermeister selbst und Herr Böttcher bat darum, den Bürgermeister direkt zu kontaktieren.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Köhler fragte nach der wiederholten Ausschreibung des Stadtbrandmeisters. Der Zeitung war zu entnehmen, dass es mit dem Oberkirchenverein zu Streitigkeiten gekommen sei. Der Verein leiste eine wertvolle Arbeit an der Oberkirche und er bitte um Informationen über die Hintergründe der Streitigkeiten.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher sagte, dass es schwierig sei zum Oberkirchenverein über Hintergründe zu informieren. Durch Briefe in der Zeitung sei allen deutlich geworden, dass sich ein Konfliktpotential angesammelt habe. Dies sei misslich für die Stadt und auch für die Sanierung der Oberkirche, bei der man darauf angewiesen sei, dass alle miteinander harmonisieren. Daher denke er, es müsse ein Vermittlungsversuch zwischen dem Verein und der Evangelischen Kirchgemeinde geben. Er stehe für einen solchen Vermittlungsversuch gern persönlich zur Verfügung.

Die Ausschreibung des Stadtbrandmeisters sollte mit einer Veränderung der Kriterien erneut erfolgen. Eine Beantwortung bezüglich des Arbeitsstandes werde nachgereicht.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Hüttner erinnerte daran, dass er dem Stadtratsbüro eine Anfrage der Fraktion der CDU in Bezug auf Störungen des öffentlichen Lebens durch das Begehen von Ordnungswidrigkeiten übergeben habe.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher bestätigte den Eingang der Anfrage und sicherte eine zeitnahe Beantwortung zu.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Hoffmann teilte mit, dass im Arnstädter Stadtecho von August 2009 das Denkmal „Den Opfern kommunistischer Gewalt“ beschmiert abgebildet wurde. Wann werde die Stadt die Schäden beseitigen?

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher sagte, dass umgehend eine Reinigung erfolgen sollte.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Kunze merkte an, dass die Litfaßsäule in der Rosenstraße Ecke Pfortenstraße im Zuge der Umgestaltung beseitigt wurde. Sie die Litfaßsäule noch vorhanden und werde diese eventuell an einer anderen Stelle wieder aufgebaut?

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher antwortete, dass es noch alle Litfaßsäulen gebe. Man habe im vergangenen Jahr begonnen die Litfaßsäulen schrittweise mit Städtebaufördermitteln zu sanieren. Auf Grund der Haushaltssituation schaffe man zwei bis drei Stück im Jahr. Für jede Litfaßsäule gebe es einen mit der Stadtmarketing abgestimmten neuen Standort. Die angesprochene Litfaßsäule werde nicht wieder in der Rosenstraße Ecke Pfortenstraße aufgestellt.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Kuschel bemerkte, dass in der Straße „Weg zur Fasanerie“ der WAZV neue Leitungen verlegt habe. Von Anwohnern gab es den Hinweis, dass das verwendete Pflaster nicht wieder eingebaut wurde, obwohl es dazu Zusagen gegeben habe. Es gab Informationen, dass die Steine dem bauausführenden Betrieb überlassen wurden. Stimmen diese Informationen oder habe sich die Stadt die Steine gesichert? Auch habe es den Hinweis gegeben, dass der unbefestigte Teil nicht wieder ordnungsgemäß hergestellt wurde.

Zwischenzeitlich gab es eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtes zum Disziplinarverfahren des Kämmerers. Verfolge die Stadt den Rechtsweg weiter oder werde der Betreffende in der Stadtverwaltung weiter beschäftigt?

Wie entwickle sich und wie hoch sind die Aufwandsentschädigungen der kommunalen Wahlbeamten, also des Bürgermeisters und des Beigeordneten seit 2006?

Ein Bürger habe sich an den Bürgermeister gewandt. Als Antwort darauf habe der Bürgermeister folgendes geantwortet: „Warum kommen Menschen wie Sie oder wie Herr Dittes, Herr Kuschel oder Frau Berninger als Bürger nach Arnstadt? Wenn Sie mir diese Frage beantworten können, wäre ich Ihnen sehr verbunden.“ Habe der Bürger dem Bürgermeister inzwischen die Frage beantwortet?

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher antwortete, dass der WAZV eine Anwohnerversammlung mit den Anliegern der Straße „Weg zur Fasanerie“ durchgeführt habe. Dabei wurde den Bürgern anscheinend in Aussicht gestellt, dass das Pflaster wieder eingesetzt werde. Nach Aufnahme des Pflasters habe sich herausgestellt, dass die Tragfähigkeit der Straße eine ordnungsgemäße Pflasterung nicht wieder ermöglicht. Daher habe sich der WAZV in Abstimmung mit der Stadt entschlossen, eine neue Asphaltdecke über die gesamte Breite aufzubringen. Die Verwendung der verbliebenen Steine müsse er prüfen. Üblicherweise werde das Pflaster an anderer Stelle wieder eingesetzt

und bis dahin im Baubetriebshof eingelagert. Wenn ein mittelfristiger Einbau nicht möglich sei, werde vereinzelt das Pflaster von der bauausführenden Firma mitgenommen und verrechnet.

Der Stand des Disziplinarverfahrens des Kämmerers sei noch derselbe wie in der letzten Sitzung. Der Bürgermeister wollte die Urteilsverkündung abwarten, um grundsätzlich zu prüfen wie es weiter gehe. Die Urteilsverkündung sei noch nicht bei der Stadtverwaltung eingegangen.

Die Aufwandsentschädigung sei nach seinem persönlichen Eindruck seit 2006 unverändert geblieben. Die Antwort werde man nachreichen.

Der Sachverhalt des Bürgers, der sich an den Bürgermeister gewandt habe, kenne er nicht, aber es klinge untypisch für den Bürgermeister.

TOP 7

Bildung von Ausschüssen

Das Mitglied des Stadtrates Frau Dr. Bader sagte, dass, bevor man die Besetzung der Ausschüsse beschließe, diskutiert werden müsse, welche Ausschüsse gebildet werden. Die Fraktion schlage einen eigenen Ausschuss für Rechnungsprüfung vor. Die Fraktion sei der Meinung, dass die Frage der Rechnungsprüfung so wichtig sei, dass ein eigener Ausschuss gebildet werden müsse. Die bisherige Zusammenfassung im Ausschuss Rechnungsprüfung, Bürgerfragen und Ordnungsangelegenheiten sei nicht so geeignet gewesen. Sie bat die Ausschüsse einzeln abzustimmen.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Hüttner informierte, dass die Fraktion der CDU gegen die Aufsplittung des Ausschusses Rechnungsprüfung, Bürgerfragen und Ordnungsangelegenheiten in zwei Ausschüsse sei. Man erachte dies nicht als notwendig. Die Fraktionen können die geeigneten Vertreter in die Ausschüsse entsenden. Bestehende Probleme im Rechnungsprüfungsamt lassen sich durch einen neuen Ausschuss nicht lösen.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Kuschel bat darum zu bedenken, dass man unterschiedliche Zuständigkeiten in bezug auf den Haushaltsvollzug habe. Bis zu bestimmten Wertgrenzen obliege der Haushaltsvollzug ausschließlich dem Bürgermeister. Eine weitere Unterscheidung sei dann noch zwischen der Zuständigkeit des Finanzausschusses und der des Stadtrates.

Das Mitglied des Stadtrates Frau Lang teilte mit, dass die Fraktion der SPD ebenfalls der Meinung sei, dass die Rechnungsprüfung separat erfolgen sollte. Man schlage jedoch vor, dass die Rechnungsprüfung dem Finanzausschuss zugeordnet werde. Es sei sicherlich günstig, dass derjenige Ausschuss, welcher den Haushaltsplan detailliert diskutiere, auch dessen Umsetzung detailliert bespreche.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Hilbrecht sagte, dass die Fraktion BFA/FDP nicht der Auffassung sei, dass ein separater Ausschuss gebildet werden sollte. In der Vergangenheit gab es einmal einen eigenen Rechnungsprüfungsausschuss. Aufgrund der Erfahrungen wurde dann eine Zusammenlegung mit dem Ausschuss für Bürgerfragen und Ordnungsangelegenheiten beschlossen. Der Fraktion seien auch keine Probleme bekannt, welche einen extra Ausschuss erforderlich machen würden. Eine Zuordnung der Rechnungsprüfung zum Finanzausschuss, dies könne man sich vorstellen.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Bräutigam führte aus, dass die Fraktion Pro Arnstadt der Meinung sei, dass der Ausschuss für Rechnungsprüfung, Bürgerfragen und Ordnungsangelegenheiten so belassen werden sollte, wie er momentan sei. Man sehe keine Notwendigkeit dies zu verändern.

Das Mitglied des Stadtrates Frau Mühlbauer unterstrich noch einmal, dass die Fraktion der SPD keinen weiteren Ausschuss wolle, aber man eine Zusammenfassung von Finanzausschuss und Rechnungsprüfung für fachlich und sachlich richtig erachte. Weiter beantragte Frau Mühlbauer im Namen der Fraktion namentliche Abstimmung.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher merkte an, dass es beim Kreis bereits so sei, dass die Rechnungsprüfung im Finanzausschuss erfolge. Der Finanzausschuss fasse im Rahmen seiner Tätigkeit auch Beschlüsse, die direkt in den Haushaltsvollzug eingreifen. So entscheide der Finanzausschuss auch über über- und außerplanmäßige Ausgaben im Rahmen seiner Zuständigkeit. So könne es zur Situation kommen, dass der Ausschuss sich sozusagen selbst kontrolliere. Deshalb erachte er es für günstiger, die Rechnungsprüfung dort anzusiedeln, wo zu keinem solchen Interessenkonflikt kommen kann.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Kuschel stimmte inhaltlich der Argumentation von Herrn Böttcher, hinsichtlich eines möglichen Interessenkonfliktes, zu.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Albrecht Pein sagte, dass sich die Fraktion der SPD bei der Erarbeitung ihres Vorschlages natürlich auch mit dieser Konfliktfrage beschäftigt habe. Man sehe diesen Konflikt nicht. Die Rechnungsprüfung sei keine Revision oder Wirtschaftsprüfung. Zu einer qualifizierten Rechnungsprüfung gehöre nun einmal sehr viel Sachkenntnis. Nur dann könne man die sparsame und vernünftige Verwendung von Mitteln beurteilen. Deshalb sehe man die Nähe zum Finanzausschuss.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Kunze merkte an, dass er den Konflikt in den letzten fünf Jahren eher anders herum erlebt habe. Als Mitglied des bisher zuständigen Ausschusses für Rechnungsprüfung habe er öfter von der Verwaltung die Aussage bekommen, dass etwas z. B. so im Finanzausschuss beschlossen wurde. Es wurde zwar zugesichert, diese Frage zu klären, aber oftmals wurde die Sache dann vergessen. Die Rechnungsprüfung sei im Moment nicht wirklich effizient. Es sei sinnvoller, wenn der Finanzausschuss auch die Ausführung des Haushaltsplanes kontrolliere.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher fasste kurz das bisher Gesagte zusammen. Es gebe den Antrag der Fraktion DIE LINKE. Dazu gebe es einen Änderungsantrag der Fraktion der SPD. Die Fraktion DIE LINKE. müsse nun entscheiden, ob sie dem Änderungsantrag zustimme.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Kuschel war der Auffassung, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE. der weitergehende Antrag sei, da er die Bildung eines zusätzlichen Ausschusses beinhalte. Wenn der Antrag der Fraktion DIE LINKE. keine Mehrheit finden sollte, dann könne in der Folge über den Antrag der Fraktion der SPD separat abgestimmt werden.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher fragte bei der Fraktion DIE LINKE. nach, ob für die Abstimmung über den ursprünglichen Antrag namentliche Abstimmung beantragt werde. Dies wurde durch die Fraktion verneint

Herr Böttcher bat um Abstimmung zum Beschlussantrag-Nr. 2009/017.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt die Bildung folgender Ausschüsse des Stadtrates:

- Hauptausschuss
- Bau-, Umwelt- und Vergabeausschuss
- Ausschuss für Jugend, Sport und Soziales
- Finanzausschuss
- Ausschuss für Bürgerfragen und Ordnungsangelegenheiten
- Ausschuss für Rechnungsprüfung
- Werkausschuss für den Baubetriebeshof und den Bäderbetrieb der Stadt Arnstadt
- Werkausschuss für den Kulturbetrieb der Stadt Arnstadt

Näheres ist in einer Neufassung der Geschäftsordnung zu regeln.

Abstimmungsergebnis:

31 Gesetzl. Anzahl der Mitglieder
 28 Anwesend
 4 Ja-Stimmen
 24 Gegenstimmen
 0 Enthaltungen
 0 Befangen

- abgelehnt -

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher bat um Abstimmung zum Antrag der Fraktion der SPD die Rechnungsprüfung dem Finanzausschuss zuzuordnen. Dazu wurde namentliche Abstimmung beantragt.

Namentliche Abstimmung

Stadtrat	Ja	Nein	Enthaltung
Frau Dr. Bader, Rita (DIE LINKE.)		X	
Frau Berninger, Sabine (DIE LINKE.)	entschuldigt		
Herr Bräutigam, Georg (ProA)		X	
Herr Buchtzik, Stefan (ProA)		X	
Herr Carnarius, Rüdiger (ProA)		X	
Herr Dittes, Steffen (DIE LINKE.)	entschuldigt		
Herr Erdmann, Erwin (SPD)			X
Herr Franz, Herbert (BFA/FDP)		X	

Frau Garcia, Annette (ProA)		X	
Herr Gruber, Michael (ProA)		X	
Herr Hilbrecht, Jörg (BFA)		X	
Herr Hoffmann, Jürgen (CDU)		X	
Herr Höhne, Horst (CDU)		X	
Herr Hühn, Christian (SPD)	X		
Herr Hüttner, Helmut (CDU)		X	
Herr Köhler, Sebastian (CDU)		X	
Herr Kunze, Stephan (SPD)	X		
Herr Kuschel, Frank (DIE LINKE.)		X	
Frau Lang, Martina (SPD)	X		
Herr Läbe, Mario (ProA)			X
Herr Mahler, Georg (ProA)		X	
Frau Mühlbauer, Eleonore (SPD)	X		
Herr Pein, Albrecht (SPD)	X		
Herr Pein, Gerhard (DIE LINKE.)	entschuldigt		
Herr Petermann, Jens (DIE LINKE.)		X	
Herr Schneider, Thomas (DIE LINKE.)		X	
Frau Schilling, Jeannette (CDU)		X	
Herr Sterzik, Dirk (BFA/FDP)			X
Herr Wallendorf, Michael (ProA)			X
Bürgermeister o. Stellvertreter		X	

Abstimmungsergebnis:

31 Gesetzl. Anzahl der Mitglieder
28 Anwesend
5 Ja-Stimmen
18 Gegenstimmen

4 Enthaltungen
0 Befangen

- abgelehnt -

TOP 8

Besetzung der Ausschüsse

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher erläuterte kurz das Verfahren zur Besetzung der Ausschüsse. Es gebe ein bindendes Vorschlagsrecht der Fraktionen und der Stadtrat habe dann formal zu beschließen. Für jeden Ausschuss wurden qualifizierte Mitglieder benannt und auch die Stellvertreter wurden durch die Fraktionen benannt.

Das Mitglied des Stadtrates Frau Dr. Bader wies darauf hin, dass die Fraktion DIE LINKE. für den Finanzausschuss Herrn Kuschel als Mitglied benannt habe. Frau Berninger soll, entgegen der Übersicht in der Beschlussvorlage, Stellvertreterin in diesem Ausschuss werden. Sie bat darum, dass dies noch geändert werde.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher teilte mit, dass man dies in der Beschlussvorlage entsprechend der Vorgaben der Fraktion ändern werde.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt die nachfolgend aufgeführte Besetzung der Ausschüsse:

1. Finanzausschuss

Fraktion	Mitglied	Stellvertreter
Pro Arnstadt	Joachim Lindner	1. Georg Bräutigam 2. Michael Wallendorf
	Michael Gruber	1. Annette Garcia 2. Rüdiger Carnarius
DIE LINKE.	Frank Kuschel	Sabine Berninger
SPD	Albrecht Pein	1. Eleonore Mühlbauer 2. Christian Hühn
CDU	Jürgen Hoffmann	1. Jeanette Schilling 2. Sebastian Köhler
BFA/FDP	Erwin Erdmann	Dirk Sterzik

2. Bau-, Vergabe- und Umweltausschuss

Fraktion	Mitglied	Stellvertreter
Pro Arnstadt	Johann-Georg Mahler	1. Georg Bräutigam 2. Michael Gruber
	Mario Läbe	1. Joachim Lindner 2. Michael Wallendorf

DIE LINKE.	Dr. Rita Bader	Steffen Dittes
SPD	Christian Hühn	1. Eleonore Mühlbauer 2. Martina Lang
CDU	Horst Höhne	1. Jürgen Hoffmann 2. Jeanette Schilling
BFA/FDP	Herbert Franz	Erwin Erdmann

3. Ausschuss für Jugend, Sport und Soziales

Fraktion	Mitglied	Stellvertreter
Pro Arnstadt	Georg Bräutigam	1. Rüdiger Carnarius 2. Johann-Georg Mahler
	Annette Garcia	1. Stefan Buchzik 2. Michael Wallendorf
DIE LINKE.	Jens Petermann	Thomas Schneider
SPD	Christian Hühn	Stephan Kunze
CDU	Jeanette Schilling	1. Sebastian Köhler 2. Helmut Hüttner
BFA/FDP	Jörg Hilbrecht	Dirk Sterzik

4. Ausschuss für Rechnungsprüfung, Bürgerfragen und Ordnungsangelegenheiten

Fraktion	Mitglied	Stellvertreter
Pro Arnstadt	Michael Gruber	1. Annette Garcia 2. Johann-Georg Mahler
	Michael Wallendorf	1. Georg Bräutigam 2. Rüdiger Carnarius
DIE LINKE.	Gerhard Pein	Frank Kuschel
SPD	Stephan Kunze	1. Eleonore Mühlbauer 2. Christian Hühn
CDU	Helmut Hüttner	1. Sebastian Köhler 2. Jürgen Hoffmann
BFA/FDP	Dirk Sterzik	Herbert Franz

5. Werkausschuss für den Kulturbetrieb der Stadt Arnstadt

Fraktion	Mitglied	Stellvertreter
Pro Arnstadt	Georg Bräutigam	1. Johann-Georg Mahler 2. Rüdiger Carnarius
	Stefan Buchzik	1. Annette Garcia 2. Michael Wallendorf
DIE LINKE.	Thomas Schneider	Gerhard Pein
SPD	Martina Lang	1. Christian Hühn 2. Eleonore Mühlbauer
CDU	Sebastian Köhler	1. Jeanette Schilling 2. Jürgen Hoffmann
BFA/FDP	Jörg Hilbrecht	Erwin Erdmann

6. Werkausschuss für den Baubetriebshof und Bäderbetrieb der Stadt Arnstadt

Fraktion	Mitglied	Stellvertreter
Pro Arnstadt	Mario Läbe	1. Joachim Lindner 2. Georg Bräutigam
	Rüdiger Carnarius	1. Michael Wallendorf 2. Michael Gruber
DIE LINKE.	Sabine Berninger	Dr. Rita Bader
SPD	Eleonore Mühlbauer	1. Albrecht Pein 2. Stephan Kunze
CDU	Jürgen Hoffmann	1. Jeanette Schilling 2. Sebastian Köhler
BFA/FDP	Erwin Erdmann	Jörg Hilbrecht

Abstimmungsergebnis:

31 Gesetzl. Anzahl der Mitglieder
 28 Anwesend
 28 Ja-Stimmen
 0 Gegenstimmen
 0 Enthaltungen
 0 Befangen

- angenommen -

Beschluss Nr.: 2009/026

TOP 9**Besetzung der Aufsichtsräte**

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher schlug vor, dass über die Besetzung der Aufsichtsräte für jede städtische Gesellschaft extra abgestimmt werde.

Durch vergangene Auseinandersetzungen bei der Besetzung der Aufsichtsräte sei klar geworden, dass für die Besetzung eine Wahl nicht in Frage komme.

Die Vorschläge der Fraktionen für die Besetzung seien in der Verwaltung eingegangen. Nun sei die Situation so, dass man für die Besetzung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Arnstadt GmbH genau einen Vorschlag mehr habe, als Aufsichtsratssitze zu vergeben seien. Er bat um eine kurze Verständigung mit den Fraktionsvorsitzenden, wie man in diesem Fall weiter verfahren wolle.

Auszeit und Beratung mit den Fraktionsvorsitzenden von 17:00 Uhr bis 17:10 Uhr

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher informierte, dass man sich mit den Fraktionsvorsitzenden dahingehend geeinigt habe, dass bei der Besetzung des Aufsichtsrates für die Stadtwerke Arnstadt GmbH eine geheime Abstimmung vorgenommen werde. Die Besetzung der anderen Aufsichtsräte soll durch Beschlussfassung für jeden einzelnen Aufsichtsrat erfolgen.

Die Zettel für die geheime Abstimmung werden so vorbereitet, dass alle fünf Personen auf dem Zettel stehen und die Stadtratsmitglieder dann bis zu vier Stimmen vergeben können.

Das Mitglied des Stadtrates Frau Dr. Bader bat darum, dass der Leiter des Rechts- und Ordnungsamtes Herr Wulf dazu seine Stellungnahme abgebe.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Kuschel äußerte Bedenken zu dem nun vorgeschlagenen Verfahren bezüglich der Besetzung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Arnstadt GmbH.

Man dürfe keine Wahl durchführen, da Wahlen nur in den Fällen durchgeführt werden dürfen, die ausdrücklich im Gesetz genannt seien. Dies sei bei der Besetzung von Aufsichtsräten nicht der Fall. Eine geheime Abstimmung könne nur für einen vorformulierten Beschluss erfolgen. Der Beschluss könne während der Abstimmung nicht verändert werden. Durch das Setzen von Kreuzen, wie es jetzt vorgeschlagen wurde, verändere man den Beschluss. Dies sei im Rahmen einer geheimen Abstimmung nicht möglich.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher sagte, dass man einige der Bedenken dadurch zerstreuen könne, in dem man für jede Person einzeln eine geheime Abstimmung durchführe. Somit werde für jede Person ein Beschluss oder auch nicht gefasst und es werde keine Änderung während der Beschlussfassung vorgenommen.

Der Leiter des Rechts- und Ordnungsamtes Herr Wulf, erinnerte daran, dass vor fünf Jahren darüber diskutiert wurde, ob bei der Besetzung der Aufsichtsräte die Parität der Fraktionen im Stadtrat zu berücksichtigen sei. Dazu habe es gegenteilige Auffassungen gegeben.

Bezüglich der Beschlussfassungen sei es so, dass die Beschlüsse so formuliert werden müssen, dass die Stadtratsmitglieder mit Ja, Nein oder Enthaltung entscheiden können. Man könne im konkreten Fall seiner Meinung nach nicht so verfahren, dass ein „Beschlusszettel“ vorbereitet werde und auf diesem dann angekreuzt werde. Es müsse je-

de Person einzeln mit der Frage, ob diese Person in den Aufsichtsrat entsandt werden soll, zur Abstimmung gestellt werden.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher wiederholte noch einmal, dass man somit über jede Person einzeln eine geheime Abstimmung durchführen werde. Zunächst sollte man sich aber mit den Aufsichtsräten befassen, bei welchen die Besetzung eindeutig sei. Herr Böttcher bat zunächst einzeln um Abstimmung der Punkte 1, 3 und 4 der Beschlussvorlage.

Nach der Abstimmung der Punkte 1 und 3 bat die Fraktion der SPD um eine Auszeit.

Auszeit von 17:20 Uhr bis 17:25 Uhr

Nach der Auszeit erfolgte die Abstimmung zu Punkt 4 der Beschlussvorlage.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher wies noch einmal darauf hin, dass bezüglich der Besetzung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Arnstadt GmbH über jede Person einzeln eine geheime Abstimmung durchgeführt werde. Die Reihenfolge der Abstimmung entspricht dabei der Reihenfolge in der Beschlussvorlage.

Die Ergebnisse der geheimen Abstimmung zu den einzelnen Personen wurden durch den 1. Beigeordneten Herrn Böttcher bekannt gegeben.

Beschlusstext:

Die Aufsichtsräte der Gesellschaften mit städtischer Beteiligung werden wie folgt besetzt:

1. Aufsichtsrat der Wohnungsbaugesellschaft Arnstadt mbH

Fraktion	Mitglied
Pro Arnstadt	Georg Bräutigam
	Annette Garcia
DIE LINKE.	Frank Kuschel
SPD	Albrecht Pein
CDU	Horst Höhne
BFA/FDP	Erwin Erdmann

Abstimmungsergebnis:

31 Gesetzl. Anzahl der Mitglieder

29 Anwesend

27 Ja-Stimmen

0 Gegenstimmen

2 Enthaltungen

0 Befangen

- angenommen -

Es wurde für jede Person einzeln eine geheime Abstimmung durchgeführt.

Fraktion	Mitglied
Pro Arnstadt	Mario Läbe Abstimmungsergebnis: 31 Gesetzl. Anzahl der Mitglieder 29 Anwesend 20 Ja-Stimmen 6 Gegenstimmen 3 Enthaltungen 0 Befangen - angenommen -
DIE LINKE.	Jürgen Ludwig Abstimmungsergebnis: 31 Gesetzl. Anzahl der Mitglieder 29 Anwesend 17 Ja-Stimmen 7 Gegenstimmen 5 Enthaltungen 0 Befangen - angenommen -
SPD	Eleonore Mühlbauer Abstimmungsergebnis: 31 Gesetzl. Anzahl der Mitglieder 29 Anwesend 7 Ja-Stimmen 22 Gegenstimmen 0 Enthaltungen 0 Befangen - abgelehnt -
CDU	Helmut Hüttner Abstimmungsergebnis: 31 Gesetzl. Anzahl der Mitglieder 29 Anwesend 21 Ja-Stimmen 8 Gegenstimmen 0 Enthaltungen 0 Befangen - angenommen -
BFA/FDP	Herbert Franz Abstimmungsergebnis: 31 Gesetzl. Anzahl der Mitglieder 29 Anwesend 17 Ja-Stimmen 9 Gegenstimmen

	3 Enthaltungen	
	0 Befangen	- angenommen -

Aufsichtsrat der Stadtmarketing Arnstadt GmbH

Fraktion	Mitglied
Pro Arnstadt	Georg Bräutigam
	Stefan Buchtzik
DIE LINKE.	Thomas Schneider
SPD	Martina Lang
CDU	Sebastian Köhler
BFA/FDP	Jörg Hilbrecht

Abstimmungsergebnis:

31	Gesetzl. Anzahl der Mitglieder	
29	Anwesend	
26	Ja-Stimmen	
0	Gegenstimmen	
3	Enthaltungen	
0	Befangen	- angenommen -

Aufsichtsrat der Bäder- und Beteiligungsverwaltung Arnstadt GmbH

Fraktion	Mitglied
Pro Arnstadt	Mario Läbe
	Rüdiger Carnarius
DIE LINKE.	Sabine Berninger
SPD	Eleonore Mühlbauer
CDU	Jürgen Hoffmann
BFA/FDP	Karl-Heinz Trefflich

Abstimmungsergebnis:

31	Gesetzl. Anzahl der Mitglieder	
29	Anwesend	
26	Ja-Stimmen	
0	Gegenstimmen	
3	Enthaltungen	
0	Befangen	- angenommen -

Beschluss Nr.: 2009/027

Wahl des beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss des IIm-Kreises

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher teilte mit, dass von der Fraktion der SPD ein Vorschlag für das beratende Mitglied für den Jugendhilfeausschuss vorliege. Die Fraktion schlage Herrn Stephan Kunze vor.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Bräutigam schlug im Namen der Fraktion Frau Cornelia Schmidt als beratendes Mitglied für den Jugendhilfeausschuss vor. Die Daten zu Frau Schmidt werde man nachreichen.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Wallendorf ergänzte, dass Frau Schmidt in Arnstadt geboren sei und auch in Arnstadt arbeite. Sie sei Mitglied von Pro Arnstadt und wolle sich gern politisch einbringen.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher bat die Wahlkommission ihre Arbeit aufzunehmen.

Die Wahlkommission nahm ihre Arbeit auf mit dem Vorsitzenden Herrn Johann-Georg Mahler und den Mitgliedern Herrn Thomas Schneider, Herrn Albrecht Pein, Herrn Sebastian Köhler und Herrn Erwin Erdmann auf

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher teilte das Ergebnis der Wahl mit.

Im Wahlgang wurden 26 gültige und 3 ungültige Stimme abgegeben.

Herr Stephan Kunze	16 Stimmen
Frau Cornelia Schmidt	10 Stimmen

Als Vertreter des Stadtrates der Stadt Arnstadt als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuß des IIm-Kreises, wurde Herr Stephan Kunze gewählt. Dieser nahm die Wahl an.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher bat um Vorschläge für den Stellvertreter des beratenden Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss

Das Mitglied des Stadtrates Frau Mühlbauer schlug vor, dass man über diejenige Person reden sollte, die im ersten Wahlgang nicht gewählt wurde.

Diesem Vorschlag wurde von den Stadtratsmitgliedern mit 25 Ja-Stimmen, einer Gegenstimme und drei Stimmenthaltungen zugestimmt. Es wurde somit kein weiterer Wahlgang durchgeführt.

Frau Cornelia Schmidt wurde somit als Vertreter für das beratende Mitglied im Jugendhilfeausschuss bestimmt.

TOP 11

Wahl der Mitglieder für den Seniorenbeirat der Stadt Arnstadt

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher verlas die Namen der bisher von den Fraktionen vorgeschlagenen Kandidaten.

Fraktion Pro Arnstadt Herr Dieter Hesse
 Herr Johann-Georg Mahler
 Frau Margit Hornickel

Fraktion DIE LINKE. Herr Manfred Zitzmann
 Frau Claudia Erdmann

Fraktion der SPD Herr Jürgen Lang

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher bat die Fraktionen der SPD, CDU und BFA/FPD um die Benennung weiterer Kandidaten.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Hüttner teilte für die Fraktion der CDU mit, dass diese Frau Doris Baumgarten vorschlage.

Die Fraktionen der SPD und BFA/FDP benannten keine weiteren Kandidaten.

Die Stimmzettel wurden vorbereitet und die Wahlkommission mit der Vorsitzenden Frau Annette Garcia und den Mitgliedern Herrn Thomas Schneider, Herrn Stephan Kunze, Herrn Sebastian Köhler und Herrn Erwin Erdmann nahm ihre Arbeit auf.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher teilte das Wahlergebnis mit.

Der Wahlgang endete mit folgendem Ergebnis:

Ausgegebene Stimmzettel: 29

Abgegebene Stimmzettel: 28

gültige Stimmen: 28

ungültige Stimmen: 0

Auf die Kandidaten entfielen folgende Stimmen:

Herr Dieter Hesse 21 Stimmen

Herr Johann-Georg Mahler 25 Stimmen

Frau Margit Hornickel 25 Stimmen

Herr Manfred Zitzmann 26 Stimmen

Frau Claudia Erdmann 26 Stimmen

Herr Jürgen Lang 25 Stimmen

Frau Doris Baumgarten 25 Stimmen

Damit wurden Herr Dieter Hesse, Herr Johann-Georg Mahler, Frau Margit Hornickel, Herr Manfred Zitzmann, Frau Claudia Erdmann, Herr Jürgen Lang und Frau Doris Baumgarten zu Mitgliedern des Seniorenbeirates der Stadt Arnstadt gewählt.

Pause von 18:00 Uhr bis 18:30 Uhr

TOP 12

Wahl der Mitglieder für den Umlegungsausschuss des Stadtrates der Stadt Arnstadt

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher führte aus, dass für den Umlegungsausschuss zwei Mitglieder des Stadtrates als ständige Mitglieder und zwei stellvertretende Mitglieder des Stadtrates zu wählen seien. In der letzten Amtszeit war es so abgesprochen, dass sich die Fraktionen untereinander verständigt hatten, wer ständiges Mitglied und wer stellvertretendes Mitglied im Ausschuss war. Wenn es wieder so ein Lösung gäbe, müsste man nicht jeden Einzelnen wählen. Sollte es wieder eine solche Absprache geben, dann könnte auch der Umlegungsausschuss durch eine verbundene Einzelwahl besetzt werden.

Vorgeschlagen wurden bisher Frau Dr. Rita Bader, Frau Martina Lang, Herr Sebastian Köhler und Herr Erwin Erdmann.

Nach der erfolgten Abstimmung der Fraktionen teilte Herr Böttcher mit, dass Frau Dr. Rita Bader und Herr Sebastian Köhler als ordentliche Mitglieder vorgeschlagen werden und Frau Martina Lang sowie Herr Erwin Erdmann als stellvertretende Mitglieder fungieren sollen.

Er wies weiter darauf hin, dass gemäß der Umlegungsverordnung des Freistaates Thüringen eine gewisse personelle Zusammensetzung notwendig sei.

Der Umlegungsausschuss habe in der letzten Amtszeit unter dem Vorsitz von Herrn Hüter eine gute Arbeit geleistet.

Die bisherigen sachverständigen Mitglieder des Umlegungsausschusses waren Herr Falko Hüter als Vorsitzender, Herr Rainer Pense als Stellvertreter des Vorsitzenden, Herr Rechtsanwalt Lars Oschmann als Mitglied, Herr Ulrich Müller als Mitglied und Frau Andrea Kullmann als stellvertretendes Mitglied für Herrn Müller. Für Herrn Oschmann habe es bisher noch keinen Stellvertreter geben. Nunmehr liegt die Bereitschaft des Rechtsanwaltes Herrn Matthias Taurit vor, als stellvertretendes Mitglied für Herrn Oschmann zu agieren.

Nachdem die Stimmzettel vorbereitet wurden, nahm die Wahlkommission mit dem Vorsitzenden Herrn Johann-Georg Mahler und den Mitgliedern Herrn Thomas Schneider, Herrn Stephan Kunze und Herrn Erwin Erdmann ihre Arbeit auf.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher teilte das Ergebnis der Wahl mit:

Herr Falko Hüter	25 Stimmen
Herr Rainer Pense	23 Stimmen
Frau Dr. Rita Bader	24 Stimmen
Herr Sebastian Köhler	20 Stimmen
Frau Martina Lang	21 Stimmen
Herr Erwin Erdmann	21 Stimmen

Herr RA Lars Oschemann	24 Stimmen
Herr Ulrich Müller	23 Stimmen
Herr RA Matthias Taurit	26 Stimmen
Frau Andrea Kullmann	24 Stimmen

Damit wurden gewählt:

Herr Falko Hüter zum Vorsitzenden des Umlegungsausschusses
 Herr Rainer Pense zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Umlegungsausschusses
 Frau Dr. Rita Bader und Herr Sebastian Köhler als Mitglieder aus dem Stadtrat der Stadt Arnstadt
 Frau Martina Lang und Herr Erwin Erdmann als Stellvertreter der Mitglieder aus dem Stadtrat der Stadt Arnstadt
 Herr Rechtsanwalt Lars Oschemann und Herr Ulrich Müller als Fachmitglieder
 Herr Rechtsanwalt Matthias Taurit und Frau Andrea Kullmann als Stellvertreter der Fachmitglieder.

TOP 13

Erhalt des Baumbestandes auf dem Markt

Das Mitglied des Stadtrates Herr Hühn beantragte Rederecht für Herrn Jürgen Ludwig. Herr Ludwig habe das Bürgervotum, welches es durch die Unterschriftensammlung gebe, maßgeblich vorbereitet.

Die Fraktion der SPD habe nach der letzten Sitzung des Arbeitskreises für Stadtentwicklung noch einmal über den Antrag diskutiert und man habe sich entschlossen, an dem Antrag festzuhalten.

Herrn Ludwig wurde mit 19 Ja-Stimmen, vier Gegenstimmen und zwei Stimmenthaltungen Rederecht zu dem Thema gewährt.

Herr Ludwig bedankte sich zunächst für das ihm gewährte Rederecht. Als Vorsitzender der IG Stadtökologie seit nunmehr 25 Jahren sei ihm das ökologische Wohl der Stadt sehr ans Herz gewachsen. Er habe mehrere Tausend Unterschriften von Bürgern bekommen, welche für Arnstadt etwas tun wollen und die Attraktivität des Marktplatzes erhalten wollen.

Zur Umgestaltung des Marktplatzes gebe es Planungen, welche nur noch von einer Reihe Bäume auf dem Marktplatz ausgehen. Dies sei auch in der letzten Sitzung des Arbeitskreises Stadtentwicklung deutlich geworden. Die anderen Bäume sollen laut dieser Planungen verschwinden. Damit könne sich ein Großteil der Arnstädter Bevölkerung und auch der Gäste nicht abfinden. Es wurden auch schon Negativbeispiele von Städten genannt, wo bereits eine Umgestaltung der Marktplätze ohne Bäume erfolgt sei. Er appellierte an die Mitglieder des Stadtrates, auch über die Fraktionsgrenzen hinaus, dieses Votum der Bürgerinnen und Bürger von Arnstadt ernst zu nehmen und sich nicht leichtfertig darüber hinweg zu setzen.

Bei den Bäumen auf dem Marktplatz gehe es nicht um eine modische Zeittendenz, wie es bei der Pflanzung zu Beginn des Jahrhunderts wohl gewesen sein soll. Es gehe darum, wie man für die Bürger der Stadt Lebensqualität erhalten könne, auch unter dem Aspekt der klimatischen Entwicklung, der verstärkten Belastung zur UV-Strahlung, der Ozonproblematik und der Sauerstoff- und Kohlendioxidproblematik.

Man habe erfreut zur Kenntnis genommen, dass das beauftragte Planungsbüro sich auch andere Varianten vorstellen könne. Man sei gespannt, wie sich die ganze Sache entwickle.

Der Stadtrat möge sich bitte für den Erhalt der Bäume einsetzen. Dabei sei der Erhalt der Bäume bitte nicht so zu verstehen, dass man z. B. gegen die Fällung eines kranken Baumes sei. Wichtig sei auch die Pflege des Bestandes an Bäumen.

Sollten die Bäume wegkommen, werde auf dem Marktplatz eine Wärmeinsel entstehen, welche für das Kleinklima abträglich sei.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Hilbrecht erklärte, dass seine Fraktion den Marktplatz als einen zentralen Ort der Stadt betrachte. Die Bürger und Bürgerinnen Arnstadts sollten daher stärker einbezogen werden. Deshalb beantrage er den Antrag in den Bau-, Vergabe- und Umweltausschuss zu verweisen und über die beabsichtigte Planung die Bürger in geeigneter Weise zu informieren. Es soll ein Bürgerentscheid durchgeführt werden und man wolle den Bürgermeister und den Bau-, Vergabe- und Umweltausschuss beauftragen, dies vorzubereiten.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher informierte, dass in der vergangenen Woche erste Planungsüberlegungen im Arbeitskreis Stadtentwicklung vorgestellt wurden. Herr Gundermann, Herr Ludwig sowie die Träger aller möglichen fachlichen Belange waren anwesend und man habe ausgiebig diskutiert. Grundsätzlich liegen die Auffassungen nicht so weit auseinander wie das in der Öffentlichkeit angekommen sei. Das Ergebnis des Arbeitskreises Stadtentwicklung sei gewesen, dass durch die Planer mehrere andere Varianten neben der bereits bestehenden Vorplanung, vorgestellt werden. Man wolle Vor- und Nachteile aller denkbaren Varianten abwägen. Bei einem Planungsprozess werden alle Ziele und Probleme berücksichtigt, um zwischen den verschiedenen Belangen zu vermitteln. Der Beschlussantrag stelle eine Festschreibung, in einer der Fragen der Planung des Marktplatzes dar, die extrem binde. Deswegen sei es besser, wenn man dem Planer nicht vorgebe, wohin er denken dürfe, sondern man planen lasse, um abschließend zu diskutieren. Durch den Beschlussantrag würde man auf den Sachverstand, den eine Planung beinhalte, von vornherein verzichten. Die breite Bevölkerungsbeteiligung sei unbedingt erforderlich, da es um den wichtigsten Platz in Arnstadt gehe. Aber es müsse jeder Beteiligte die Gelegenheit haben, die Varianten mit den Vor- und Nachteilen zu kennen und nicht auf eine Frage isoliert von allen anderen Fragen zu antworten.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Kuschel merkte zu den Ausführungen von Herrn Hilbrecht an, dass bedauerlicherweise die Möglichkeit eines Ratsbegehrens in Thüringen noch nicht gegeben sei.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Hühn informierte, dass seine Fraktion die Prämisse des Antrages beabsichtigt habe. Man wolle die weiteren planerischen Schritte binden. Wenn man den Markt als Mittelpunkt im Gesamtensemble der Stadt begreife, stehen Gebäudeteile auch nicht zur Disposition und genauso betrachte man die Linden auf dem Markt als wichtiges Element.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Albrecht Pein stimmte Herrn Hühn zu. Er sei nicht dafür den Antrag in die Ausschüsse zu verweisen. Viele tausend Bürger haben ihren Willen erklärt und dies sollte man als Einengung der weiteren Vorgehensweise sehen.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Gerhard Pein informierte, dass insgesamt 5000 Unterschriften, mit der Frage zum Erhalt des Baumbestandes auf dem Markt gesamt-

melt wurden. So viele Unterschriften seien in Arnstadt überhaupt noch nicht gesammelt worden. Es wäre kein motivierendes Zeichen für die Bürger, wenn dies in der Planung nicht respektiert werde.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Hilbrecht führte aus, dass man sich vielleicht nicht binden sollte, aber dafür so viel Öffentlichkeit wie möglich einbeziehe. Dadurch könne man ein breiteres Meinungsbild als mit der Unterschriftenaktion berücksichtigen.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Buchtzik sagte, dass er auch an den Ausführungen im Arbeitskreis Stadt teilgenommen habe. Das Wohl der Bürger sei ganz entscheidend und Öffentlichkeit zu erzeugen sei auch ein Vorteil. Er sehe die Art und Weise kritisch, wie schon Monate vorher in eine Richtung in der Öffentlichkeit erzeugt wurde. Dies sei nicht förderlich für den gesamten Diskussionsprozess. Er stimmte Herrn Hilbrecht zu, dass eine Veranstaltung in der Stadthalle unter Beteiligung der Bürger, die dann aber alle Fakten kennen, eine gute Lösung sei. Ein wichtiger Fakt sei, dass der Baumbestand auch noch mal untersucht werde. Der vorliegende Beschlussantrag lasse keinen Spielraum zu.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Hüttner informierte, dass die Fraktion der CDU auch vorschläge den Antrag in den Bau-, Vergabe- und Umweltausschuss zu verweisen. Man wolle eine fundiertere Entscheidung.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher verspreche sich durch die Behandlung im Bau-, Vergabe- und Umweltausschuss keinen erheblichen Erkenntnisgewinn. Der Ausschuss sei kleiner und stelle eine noch schmalere Basis für eine Entscheidung dar. Man sollte so lange diskutieren bis ein beschlussreifes oder diskussionsfähiges Exemplar im Arbeitskreis Stadtentwicklung in dem der Gestaltungsbeirat, die Versorgungsträger und alle interessierten Bürger anwesend seien vorgelegt wird. Danach werde eine Einwohnerversammlung durchgeführt, um einzelne Varianten vorzustellen und zu diskutieren.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Kunze wunderte sich, dass man sage die Sache sei zu wichtig, um es im Stadtrat zu entscheiden. Es gebe kein wichtigeres Gremium als den Stadtrat in Arnstadt. Er sei gegen die Verweisung in die Ausschüsse. Wieviel Bürgerbeteiligung wolle man noch, 5000 Unterschriften reichen wohl nicht. Die Unterschriften zeigen klar, dass die Bürger die Bäume auf dem Markt erhalten wollen, sonst hätten sie nicht unterschrieben. Auf einem privatem Grundstück sei eine Genehmigung für die Fällung eines Baumes schwierig. Aber beim Markt ignoriere dies die Stadt. Er erinnerte an die Außenwirkung. Die Argumente, dass der Platz dann schöner aussehe, die Häuser besser wirken und der Planer seinen Entwurf umgesetzt habe seien ein bisschen wenig.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher wies zurück, dass die Stadt weniger ordentlich mit seinem Baumbestand umgehe, als ein Privateigentümer. Man überlege bevor die Säge angesetzt werde, ob es notwendig sei und wenn, werde dafür in der Regel ein Ausgleich geschaffen. Es sei nicht richtig, dass man einfach so „abräume“. Mit dem Bürgerwillen könne man es sich nicht so einfach machen. Für eine verantwortungsbewusste Entscheidung müsse man alle Fakten sowie Vor- und Nachteile kennen. Dazu wolle man verschiedenen Varianten diskutieren.

Das Mitglied des Stadtrates Frau Lang beantragte im Namen der Fraktion der SPD namentliche Abstimmung.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Gerhard Pein erinnerte, dass eine klare Frage gestellt wurde: „Soll der Baumbestand erhalten bleiben?“ Die Stadtratsmitglieder müssen sich zum Ergebnis einer solchen Unterschriftensammlung bekennen.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Erdmann teilte mit, dass er für den Erhalt der Bäume sei. Er unterstütze die Überlegung, in einem geordneten Verfahren die Bürger zu beteiligen. Dann wäre der Stadtrat nicht befugt das Votum zu ignorieren. Bei der Abstimmung des Antrages stelle sich jedes Stadtratsmitglied die Frage wie er mit dem Votum der mehr als 3000 Unterschriften umgehe.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Hoffmann sagte, dass die Fraktion der CDU sich intensiv mit dem Problem beschäftigt habe. Man wolle nicht, dass vorgespielt werde, dass bei der Ablehnung des Antrages alle Bäume wegkommen. Wer sich mit Planungen der öffentlichen Hand auskenne, wisse genau was am Ende, wenn beispielsweise die Entscheidung getroffen werde, zwei oder drei Bäume aus welchen Gründen auch immer gefällt werden müssten, dieser Beschluss noch wert wäre. Im Antrag lese er, dass alle Bäume erhalten werden sollen, aber dies widerspreche dem, was die Bürger im Arbeitskreis Stadtentwicklung gesagt haben. Heute eine Entscheidung vor einer Planung zu fällen, sei nicht seriös. Man wolle auch, dass der Markt mit seinen schönen, alten Bäumen erhalten bleibe, soweit dies möglich sei. In der Planung stehe die Frage, wieviele Bäume erhalten bleiben.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Buchtzik stellte klar, dass in keiner Fraktion das Interesse bestehe, das Bürgervotum zu ignorieren. Man wolle aber, dass der Bürger die ganze Wahrheit kennt. Daher sollte man warten bis alles, darunter auch das Baumgutachten, bekannt sei.

Das Mitglied des Stadtrates Frau Dr. Bader fragte, welche Prämissen die Stadtverwaltung den Planer für die Gestaltung Marktes vorgegeben habe.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher antwortete, dass den Planern die Funktionen des zukünftigen Marktes vorgegeben worden. Darunter seien die Stadtratsbeschlüsse, das Stadtbodenkonzept und die Sanierungsuntersuchung. In einer relativ frühen Phase der Planung vorzugeben, worüber man nicht nachdenken dürfe, halte er für kontraproduktiv.

Das Mitglied des Stadtrates Frau Mühlbauer bat den Antrag so zu verstehen, dem Planer die Aufgabenstellung zu geben, den Erhalt der Bäume genauso wesentlich zu berücksichtigen wie das Stadtbodenkonzept.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher dankte Frau Mühlbauer, denn dann passe die Formulierung des Antrages nicht. Der Antrag erwecke den Eindruck, dass der Baumbestand unter allen Umständen so wie er auf dem Markt zur Zeit vorhanden sei, erhalten bleiben soll.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Kunze meinte, dass es bis eben noch hieß, man könne dem Planer keine Auflagen zumuten.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher antwortete, dass in dem Antrag stehe, der Planer müsse die Bäume erhalten. Der Planer habe die Vorgabe bekommen, dass man qualifiziertes Grün auf dem Markt wolle. Das bedeute nicht, dass dann jeder Baum an der selben Stelle stehe und es sich um die selben Bäume handeln werde. Andererseits soll es sich nicht um ein Anstandsgrün oder einen „Architektenspargel“ handeln. Es soll den

Platz prägen und die Leute sollen damit etwas anfangen können. Dies sei dem Planer und der Verwaltung klar, aber das stehe nicht in dem Beschlussantrag.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Hoffmann stimmte den Erläuterungen von Frau Mühlbauer zu. Dem Planer die Prämisse zu geben, die Bäume zu berücksichtigen, halte er für einen guten Kompromiss. Im Antrag stehe aber, dass der Baumbestand erhalten werden müsse.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Erdmann bat, das Baumgutachten und die Frage über kranke Bäume aus der Diskussion zu lassen. Dies habe mit der Fragestellung der Planung nichts zu tun. Einen kranken Baum könne man nicht erhalten. Der Text des Beschlussantrages lasse schließen, dass die jetzt auf dem Markt stehenden Bäume so zu erhalten seien. Dies lasse sich sicher vernünftiger, im Sinne dessen, was Frau Mühlbauer sagte, formulieren: Der Baumbestand solle weitgehend erhalten bleiben bzw. ersetzt werden, wo er nicht zu erhalten sei. Die Zielstellung soll sein, dass der Markt im Grunde in der Form wie er jetzt begrünt sei, bleibe.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Gerhard Pein sagte, dass im zweiten Satz des Beschlussantrages stehe, dass sich sämtliche in Auftrag zu gebende Planungen haben sich an diesem Grundsatz zu orientieren. Es gehe darum, dass im Grundsatz der jetzige Baumbestand erhalten bleibe.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Albrecht Pein meinte, dass man den Antrag falsch interpretiere: „so wie der Baumbestand ist, zu erhalten“. Dies stehe eben nicht im Antrag. Der Baumbestand soll generell erhalten bleiben, außer bei kranken Bäumen oder wenn es nicht anders möglich sei.

Das Mitglied des Stadtrates Frau Mühlbauer fasste zusammen, dass der Planer analysieren soll mit dem Ziel, den bestehenden Baumbestand in eine Planung zu integrieren und dem Stadtrat vorzulegen.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Hüttner erklärte, man störe sich daran, dass im Antrag stehe, der Baumbestand ist zu erhalten. Dies lese er so, dass unter allen Bedingungen der Baumbestand zu erhalten sei.

Das Mitglied des Stadtrates Frau Lang beantragte den Schluss der Aussprache.

Der Antrag zur Geschäftsordnung wurde mit zehn Ja-Stimmen, vierzehn Gegenstimmen und drei Enthaltungen abgelehnt.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Hühn bat um erneutes Rederecht für Jürgen Ludwig.

Herr Ludwig sagte, dass das Votum der Leute Ernst genommen werden solle. Es sei bewusst in der Unterschriftensammlung mit Erhalt des Grüns am Markt formuliert worden. Es gehe darum den Baumbestand nach Möglichkeit zahlenmäßig zu erhalten bzw. wenn Bäume gefällt werden müssen, Ersatz zu schaffen. Der Kern des Antrages meine, dass die Planer diese Aufgabenstellung erhalten. Man habe oft genug erlebt, dass vollendete Tatsachen geschaffen wurden, dass der Boden voller Leitungen, die nicht gebündelt worden, gewesen sei. Und dann kam die Aussage, dass man jetzt keinen Platz mehr für die Bäume habe. Es gebe bereits die Überlegung ein Gegengutachten erstellen zu lassen.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher schlug vor, den Antrag wie folgt abzuändern: „Bei der Umgestaltung des Marktplatzes sowie des Rathausvorplatzes ist der Erhalt des Grüns zu sichern. Sämtliche in Auftrag zu gebende Planungen haben sich an diesem Grundsatz zu orientieren.“ Dies treffe die Formulierung der Überschrift der Unterschriftenaktion. Da wo die Bäume aus den unterschiedlichsten Gründen nicht bleiben können, werde Ersatz geschaffen. Damit sei die Zielrichtung klar und es werde nichts ohne vorherige Beschlussfassung und die breite Bürgerbeteiligung gebaut.

Das Mitglied des Stadtrates Frau Garcia fragte, ob Herr Ludwig den bestehenden Bestand oder den zahlenmäßigen Bestand meine.

Herr Ludwig antwortete, dass er den bestehenden Bestand meine und es soll für nicht erhaltenswerte Bäume Ersatz geschaffen werden.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Petermann meinte, dass man sich auf eine juristisch, wasserdichte Formulierung einigen könne. Das Interesse sei der Erhalt der Biomasse, die im weitesten Sinne erhaltenswert sei. Das heißt, dass was biologisch gesund sei, werde erhalten und das was weg müsse, werde durch Neues ersetzt.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher antwortete, dass man am Ende keine Formulierung brauche die juristisch haltbar sei, weil keiner in den nächsten Tagen die Bäume fällen werde. Man brauche eine Formulierung bei der man nach vier Wochen noch wisse was gemeint war.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Buchtzik schlug die Formulierung: „Bei der Umgestaltung des Marktplatzes sowie des Rathausvorplatzes ist Baumbestand vorzusehen.“ vor.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Hühn sah keinen wesentlichen Unterschied zwischen Grün und Baumbestand. Dass es um das derzeitige Grün gehe, sei in der Formulierung wichtig. Er sehe einen Unterschied zwischen erhalten und sichern. Sichern sei die bessere Formulierung.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher sagte, dass mit dem Worten den derzeitigen Baumbestand zu sichern, bei der Umgestaltung des Marktplatzes auf der fast gesamten Fläche mit Handschachtung gearbeitet werden muss.

Das Mitglied des Stadtrates Frau Mühlbauer erklärte, dass man wisse, dass es kostengünstiger sei, wenn die Bäume wegkommen und adäquates Grün gepflanzt werde. Es gehe um über hundert Jahre alte Linden, neue „Pflänzlein“ wären aber momentan jung und zart. Die Linden haben einen klimatischen, ökologischen Wert. Ein Baum gebe ein Wechselspiel von Licht und Schatten, dadurch entstehen an den Fassaden interessante Lichtmomente, dies sei Qualität in der Stadt. In der Stadt wurden viele junge Bäume gepflanzt. Die Planungen seien auch überall gut, aber diese Generation werde es nicht mehr erleben, dass die Bäume diese Qualität erreichen wie am Markt.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher war der Auffassung, dass man auch andere Funktionen auf dem Markt brauche. Wenn es wirklich darum gehe, dass die Bäume so wie sie seien, stehenbleiben, dann sollte abgestimmt werden.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Hüttner wiederholte den Ansatz von Herrn Böttcher zu einer anderen Formulierung: „Bei der Umgestaltung des Marktplatzes sowie des Rathausvorplatzes ist der Erhalt des Grüns zu sichern. Sämtliche in Auftrag zu gebende Planungen haben sich an diesem Grundsatz zu orientieren.“

Das Mitglied des Stadtrates Herr Kunze fragte, warum man in den Antrag Grün schreibe, wenn aber von Bäumen geredet werde. Er vermute etwas Böses dahinter, sonst würde man ja Bäume schreiben. Er traue Einigen zu, grüne Pappen hinzustellen und das sei nicht gewollt.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher entgegnete, dass klar formuliert wurde, was der Sinn und Zweck des Antrages sei. Wenn das Misstrauen so tief sitze wie eben beschrieben, nütze eine andere Formulierung auch nichts.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Sterzik erinnerte, dass Herr Ludwig das Wort Grün vorgeschlagen habe. Er glaube, dass zwischen Grün und Baumbestand nicht differenziert werde.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt:

Bei der Umgestaltung des Marktplatzes sowie des Rathausvorplatzes ist der derzeitige Baumbestand zu erhalten. Sämtliche in Auftrag zu gebende Planungen haben sich an diesem Grundsatz zu orientieren.

Namentliche Abstimmung

Stadtrat	Ja	Nein	Enthaltung
Frau Dr. Bader, Rita (DIE LINKE)	X		
Frau Berninger, Sabine (DIE LINKE)	entschuldigt		
Herr Bräutigam, Georg (ProA)		X	
Herr Buchtzik, Stefan (ProA)		X	
Herr Carnarius, Rüdiger (ProA)		X	
Herr Dittes, Steffen (DIE LINKE)	entschuldigt		
Herr Erdmann, Erwin (SPD)	X		
Herr Franz, Herbert (BFA/FDP)			X
Frau Garcia, Annette (ProA)		X	
Herr Gruber, Michael (ProA)		X	

Herr Hilbrecht, Jörg (BFA)	zur Abstimmung nicht anwesend		
Herr Hoffmann, Jürgen (CDU)			X
Herr Höhne, Horst (CDU)			X
Herr Hühn, Christian (SPD)	X		
Herr Hüttner, Helmut (CDU)			X
Herr Köhler, Sebastian (CDU)		X	
Herr Kunze, Stephan (SPD)	X		
Herr Kuschel, Frank (DIE LINKE)	X		
Frau Lang, Martina (SPD)	X		
Herr Läbe, Mario (ProA)		X	
Herr Lindner, Joachim (ProA)		X	
Herr Mahler, Georg (ProA)			X
Frau Mühlbauer, Eleonore (SPD)	X		
Herr Pein, Albrecht (SPD)	X		
Herr Pein, Gerhard (DIE LINKE)	X		
Herr Petermann, Jens (DIE LINKE)	X		
Herr Schneider, Thomas (DIE LINKE)	X		
Frau Schilling, Jeannette (CDU)			X
Herr Sterzik, Dirk (BFA/FDP)	X		
Herr Wallendorf, Michael (ProA)		X	
Bürgermeister o. Stellvertreter		X	

Abstimmungsergebnis:

31 Gesetzl. Anzahl der Mitglieder
28 Anwesend
12 Ja-Stimmen
10 Gegenstimmen
6 Enthaltungen

Beschluss Nr.: 2009/018**TOP 14****Erhalt des Schulstandortes Schloßplatz 2**

Das Mitglied des Stadtrates Herr Gerhard Pein erläuterte den Beschlussantrag anhand der Begründung. Ein Grund des Antrages sei, eine hundertjährige Arnstädter Tradition zu erhalten. Ein anderer Gedanke sei, dass eine Schule, die ein reichliches Raumangebot habe, mehr Möglichkeiten als eine Schule mit weniger Räumen habe. Beispielsweise ein Ganztagsangebot oder universitäres Lernen zu ermöglichen. In Ilmenau habe man das so genannte Juniorstudium. Die Schulnetzplanung sei nicht Aufgabe des Stadtrates, sondern des Kreistages. Die Entwicklung des Arnstädter Gymnasiums sollte die Gemeinde sehr interessieren. Der Bürgermeister habe sich auch für den Erhalt des Schulstandortes Schloßplatz 2 ausgesprochen. Daher sei es wichtig in der künftigen Diskussion ihm als Verantwortungsträger der Stadt den politischen Willen des Stadtrates mitzuteilen.

Das Mitglied des Stadtrates Frau Garcia sagte, dass es sich, wie Herr Pein gesagt habe, um eine Aufgabe des Kreises handele. Daher verstehe sie den Grund des Antrages nicht.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Petermann informierte, dass der Wortlaut des Antrages eindeutig sei. Es gehe nicht darum, dass die Stadt beschließe den Standort zu erhalten, sondern der Stadtrat spreche eine Willensbekundung für den Erhalt des Schulstandortes aus.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Hoffmann erklärte, dass der Landrat den Kreis nach außen vertrete. Man könne den Beschlussantrag, um den Punkt, den Landrat zur Stadtratssitzung einzuladen, erweitern.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher sagte, dass dies das richtige Verfahren sei. Vor geraumer Zeit habe man die Stadtentwicklungskonzeption, mit der Maßgabe die Innenstadt zu stärken und die Rückbaumaßnahmen in den Randgebieten der Stadt zu vollziehen, beschlossen. Die Innenstadt zu stärken heiße auch, die gesamte Infrastruktur, wie beispielsweise Kindergärten und Schulen, entsprechend zu behandeln. Die Schule zu schließen laufe nicht mit den Entwicklungszielen konform und müsse mit dem Kreis besprochen werden.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Hühn stimmte zu, den Vorschlag als Änderungsantrag zu behandeln.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Gerhard Pein erklärte, dass der Stadtrat entscheiden sollte, eine Willensbekundung abzugeben. Der Bürgermeister soll unterstützt werden, wenn er für den Erhalt des Gymnasiums an diesem Standortes eintrete. Weiter könne man den Landrat zu einem Gespräch bitten. Es müsse aber eindeutig ein Votum vom Stadtrat für den Standort Schloßplatz geben.

Arbeit fortzusetzen, dass man die Legitimation und Rückendeckung des Stadtrates brauche.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Hüttner sagte, es sei von seiner Fraktion gewünscht, dass die Arbeitsgruppe Demokratie braucht Zivilcourage im Stadtrat über ihre Arbeit berichte.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Buchtzik informierte, dass seine Fraktion sich klar für eine Weiterführung der Arbeit der AG ausspreche. Die Verlegung der Stolpersteine sei eine herausragende und wichtige Aktion, was aber nicht darüber hinweg täuschen dürfe, dass die AG auch Probleme habe. Viele Arnstädter beschwerten sich, dass oft ideologisch und weniger sachlich diskutiert werde. Dadurch fühlen sich einige Arnstädter dort nicht aufgehoben und ordentlich vertreten. Es wurde mit dem Vorschlag an seine Fraktion herangetreten, ob man die AG paritätisch besetzen könne. Daher schlage man vor, die Aufgabe der AG dem Ausschuss Jugend, Sport und Soziales zu übertragen. Dort seien die Aufgaben bestens angesiedelt. Als Zeitpunkt für die Aufgabenübertragung halte man 1. Januar 2010 für angebracht, damit die Veranstaltung am 30. September ordentlich abgeschlossen werde. Die Veranstaltung sei hervorragend organisiert. Einen eigenen Ausschuss für die Aufgaben zu bilden halte er für nicht praktikabel, denn man wolle schlanke Strukturen und ein weiterer Ausschuss sei kontraproduktiv.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Hühn begrüßte es als ehemaliges Mitglied der AG, wenn die AG Demokratie braucht Zivilcourage mit einem erneuten Votum des Stadtrates ausgestattet werde. Er habe seine Arbeit und die Diskussionen in der AG in den vergangenen Monaten nicht als ideologisch empfunden. Im Zusammenhang der Demonstration am 13. Juni, die unter der Leitung der Organisationsgruppe von Herrn Pein, habe die AG bewiesen, dass es ein wehrhaftes Bürgertum gebe. Familie Köhler, Herr Kreckow und viele andere Leute, die nicht im Ruf sind mit den Linken zu sympathisieren können bestätigen, dass es sehr fruchtbare, über Parteigrenzen hinweg und sehr gute Diskussionen in der AG gab.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Gerhard Pein erklärte, dass es genau die Idee der AG war keine parteipolitische Parität herbeizuführen. Sondern, dass jeder der möge teilnehmen könne und wer dreimal anwesend war, sei stimmberechtigt und gehöre dazu. Wenn man die AG durch parteipolitische Parität besetze und als einen kommunalen Ausschuss betrachte, dann laufe man Gefahr zu dominieren. Man soll sich außerhalb des Stadtrates auch zusammensetzen und Bürger einbeziehen. Wenn die AG fortbestehe, dann in der jetzigen Form, mit der Bitte, dass mehr Personen an den Sitzungen teilnehmen. Er sei gern bereit über die Arbeit der letzten Monate im Stadtrat zu berichten. Er hoffe, dass der 30. September gut gelinge.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Hoffmann informierte, warum seine Fraktion einen Bericht der AG wünsche. Der Stadtrat habe in zwei Beschlüssen die Kriterien der AG festgelegt. Es könne nur zur Frage stehen, entweder ist die AG in der Lage die Aufgaben umzusetzen oder nicht.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Schneider sagte, er sei Gründungsmitglied der AG. Ideologische Diskussionen wurden geführt, aber nicht in dem Maße, dass sich jemand beschwert habe. Er habe an 90 % der Sitzungen teilgenommen. Das Problem sei, dass die eine politische Gruppierung mehr Interesse an der Arbeit der AG habe als die andere. Der Vorschlag den Proporz des Stadtrates in die AG hinein zutragen sei Unsinn, weil

sie ohne feste Mitgliedschaft gegründet wurde. Wenn jemand freiwillig teilnehme, soll er dann noch nach seiner politischen Meinung gefragt werden? Es gehe nicht um eine Auflösung, denn das Mandat vom Stadtrat sei gegeben. Man wolle moralische Unterstützung.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Albrecht Pein erinnerte, dass das Mandat vom Stadtrat sieben Jahre alt sei. Die AG wolle wissen, ob der Stadtrat der AG das Mandat auch weiterhin geben wolle. Man sehe die Notwendigkeit der AG sehr wohl, aber man müsse sicher sein, dass man die Unterstützung und den Willen des Stadtrates weiter habe und umsetze. Danach könne man immer noch über neue Organisationsstrukturen nachdenken.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher fasste für die weitere Verfahrensweise zusammen, dass es den Antrag zur Berichterstattung der AG in der nächsten Stadtratssitzung gegeben. Die Entscheidung der Mandatsverlängerung werde nach der Berichterstattung erfolgen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Arnstadt möge beschließen:

Die Arbeitsgemeinschaft des Stadtrates Demokratie braucht Zivilcourage wird aufgefordert, ihre Tätigkeit auf der Grundlage der bestehenden Beschlusslage über den 30.09.2009 fortzusetzen.

TOP 16

Gestaltung des Jubiläums "20 Jahre friedliche Revolution"

Das Mitglied des Stadtrates Herr Hüttner erläuterte den Beschlussantrag und wies darauf hin, dass der 9. November 2009 angesprochen werde.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Kuschel sagte, dass in dem Beschlussantrag vorgeschlagen werde, alle interessierten Parteien und Gruppierungen einzubeziehen. Im Zusammenhang mit dem so genannten „Wendedenkmal“ musste man die Auffassung des Bürgermeisters zur Kenntnis nehmen, dass er unterstellt habe DIE LINKE. habe kein Interesse. Wie könne man das ausschließen?

Das Mitglied des Stadtrates Herr Hüttner erklärte, dass die Intension seiner Fraktion sei, dass der Bürgermeister den Gestaltungsentwurf für das Jubiläum erarbeitet und natürlich Anregungen aufnehme.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Kuschel meinte, dass Problem sei, das man ähnlich wie beim „Wendedenkmal“ gar keine Aufforderung bekomme, die Anregungen und Hinweise einzubringen. Er finde das vorgeschlagene Verfahren vernünftig, dass man sich im Vorfeld auf das Vorbringen und Abwägen von Anregungen verständigt. Aber wie werde gesichert, dass alle demokratischen Fraktionen berücksichtigt und nicht die Zweitstärkste wieder ausgegrenzt werde.

Beschlusstext:

Der Bürgermeister wird beauftragt zur Vorbereitung des Jubiläums „20 Jahre friedliche Revolution“ einen Entwurf zur Gestaltung des Jubiläums zu erarbeiten und dem Stadtrat in seiner nächsten Sitzung vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

31	Gesetzl. Anzahl der Mitglieder	
25	Anwesend	
25	Ja-Stimmen	
0	Gegenstimmen	
0	Enthaltungen	
0	Befangen	- angenommen -

Beschluss Nr.: 2009/022**TOP 17****Frauen- und Familienzentrum**

Das Mitglied des Stadtrates Frau Dr. Bader erläuterte den Beschlussantrag.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Petermann ergänzte, dass ohne den Zuschuss die Arbeit des Vereins nicht funktionieren würde. Im Kostenfinanzierungsplan sei die wesentliche Finanzierung dargelegt und wofür das Geld ausgegeben werden soll.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher informierte, dass die Haushaltssituation im nächsten Jahr dramatischer werde, als man es gewohnt sei. Die Beschlussfassung stelle eine Verbindung zum Haushaltsjahr 2010 dar. Das heißt, dass Geld für das Frauen- und Familienzentrum stehe dann für andere Zwecke nicht zur Verfügung.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Hoffmann fragte, ob dies auch bei nicht beschlossenen Haushaltsplan beim Land berücksichtigt werde.

Der 1. Beigeordnete Herr Böttcher antwortete, dass man dies nicht wisse. Allerdings sei das Verfahren andersherum. Wenn die Stadt bis Ende September nicht erkläre, dass sie einen Mitleistungsanteil leisten wolle, würde das Land nichts geben. Bei der Erklärung der Stadt zum Mitleistungsanteil, könne es trotzdem passieren, dass eine neue Landesregierung oder der Landtag insgesamt bei der Aufstellung und Diskussion des Haushaltsplanes dies nicht berücksichtige.

Das Mitglied des Stadtrates Herr Kuschel sagte, dass die Landesmittel aus dem europäischen Sozialfond stammen, der bis 2013 dotiert sei. Allerdings könne es passieren, dass Projekte, die bisher gefördert wurden, nicht mehr gefördert werden. Sollte das Land die Fördermittel nicht gewähren, dann werde die zu beschließende Absichtserklärung nicht greifen. Weil die Mittel fließen aus dem städtischen Haushalt nur ab, wenn die Landesmittel als Cofinanzierung zum Einsatz kommen.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt:

Im Haushaltsjahr 2010 wird zum Erhalt des Frauen- und Familienzentrums ein Zuschuss an den Frauen- und Familienverein Arnstadt e.V. in Höhe von 8.500 Euro eingestellt.

Eine entsprechende Mitfinanzierungserklärung ist gegenüber dem TMSFG abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

31 Gesetzl. Anzahl der Mitglieder

25 Anwesend

22 Ja-Stimmen

0 Gegenstimmen

3 Enthaltungen

0 Befangen

- angenommen -

Beschluss Nr.: 2009/023**Beschlussfassungen:**

Beschluss-Nr. 2009/008 Genehmigung der Niederschrift der 1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Arnstadt am 02.07.2009 (öffentlicher Teil)

Beschluss-Nr. 2009/026 Besetzung der Ausschüsse

Beschluss-Nr. 2009/027 Besetzung der Aufsichtsräte

Beschluss-Nr. 2009/018 Erhalt des Baumbestandes auf dem Markt

Beschluss-Nr. 2009/019 Erhalt des Schulstandortes Schloßplatz 2

Beschluss-Nr. 2009/022 Gestaltung des Jubiläums "20 Jahre friedliche Revolution"

Beschluss-Nr. 2009/023 Frauen- und Familienzentrum

Die Niederschrift wurde amgenehmigt.